

## Schumanplan, Generalvertrag, Verbotsantrag gegen die KPD — juristische Dokumente nationalen Verrats\*) \*\*

Von Prof. Dr. Herbert Kröger, Deutsche Verwaltungsakademie „Walter Ulbricht“, Forst Zinna

I  
In seiner großen Rede auf der 8. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Februar 1952 erklärte der Stellvertreter des Ministerpräsidenten Walter Ulbricht:

„Vor acht Monaten, auf seiner 6. Tagung, hatte das Zentralkomitee unserer Partei zum Wiedererstehen des deutschen Militarismus und Imperialismus Stellung genommen und der Arbeiterschaft wie dem ganzen deutschen Volke die Gefahren vor Augen geführt, die durch das Wiedererstehen des deutschen Militarismus vor dem deutschen Volk heraufbeschworen werden. Schneller als manche glaubten, hat sich alles, was wir damals sagten, vollinhaltlich bestätigt.“

Er wies weiter darauf hin, daß auch die Feststellung der 6. Tagung des Zentralkomitees der SED, daß der USA-Imperialismus den westdeutschen Imperialismus zu seiner Hauptstütze in Westeuropa und Westdeutschland zur Hauptkriegsbasis in Europa machen will, seitdem in jeder Beziehung durch die Tatsachen bestätigt worden ist. Walter Ulbricht verwies dabei ausdrücklich auf den Schumanplan und den Generalvertrag mit seinen Zusatzabkommen. Er betonte:

„Gestützt auf ein kleines Häuflein monopolistischer Kriegsinteressenten und hitlerischer Generale begeht die Adenauer-Regierung Verrat an den nationalen Interessen des deutschen Volkes, indem sie durch die Geheimvereinbarungen über den Generalkriegsvertrag und die Zusatzabkommen dem amerikanischen Imperialismus deutsches Land als Basis des Kriegsaufmarsches und deutsche Truppen als Söldnertruppen anbietet und indem sie dafür eintritt, daß die Okkupation Westdeutschlands auf unbeschränkte Zeit verlängert wird. Statt der friedlichen Vereinigung West- und Ostdeutschlands will Adenauer den Krieg...“

Die Folge dieser Politik der Adenauer-Regierung aber ist, wie Walter Ulbricht feststellte, das sichtbare Heranreifen einer Krise in Westdeutschland.

In dieser Situation gewinnt die Aufgabe besondere Bedeutung, die Tätigkeit des westdeutschen Staates unter diesen Aspekten zu untersuchen, um damit sowohl den Versuchen der Adenauer-Clique, das Volk zu täuschen und zu betrügen, entgegenzuwirken, als auch daraus Schlußfolgerungen für den Kampf um den Frieden und die Einheit Deutschlands zu gewinnen.

Dabei muß man ausgehen von der grundlegenden wissenschaftlichen Analyse der 6. Tagung des Zentralkomitees der SED, die erstmalig das Wiedererstehen des deutschen Imperialismus in Westdeutschland feststellte. Diese Analyse beschränkte sich aber nicht darauf nachzuweisen, daß die Entwicklung in Westdeutschland jene typischen Merkmale zeigt, die seit Lenins klassischem Werk über den Imperialismus als wissenschaftliche Wesensbestimmung des Imperialismus allgemein anerkannt sind, sondern sie hob auch eine Reihe von Besonderheiten in der westdeutschen Entwicklung hervor, die sich aus den gegenwärtigen konkreten historischen Bedingungen ergeben. Diese Besonderheiten, die damals das Mitglied des Polit-Büros der SED Fred Oelssner in zehn Punkten zusammenfaßte, sind, auf kurze Formeln gebracht, folgende:

\*) Der Beitrag von Kröger ist der erste Teil einer größeren Arbeit, die wegen ihres Umfangs nicht in einem Heft abgedruckt werden konnte. Der zweite Teil erscheint im nächsten Heft.  
D. Red.

1. Die Wiedergeburt des deutschen Imperialismus vollzieht sich in einer Periode der äußersten Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus.

2. Jede Lebensäußerung dieses deutschen Imperialismus nach dem 2. Weltkrieg trägt offen den Stempel des nationalen Verrats. Sein antinationaler Charakter läßt sich nicht mehr demagogisch verschleiern.

3. Der wiedererstehende deutsche Imperialismus muß angesichts des Bestehens der Deutschen Demokratischen Republik aus innerer Notwendigkeit eine Politik der Vertiefung und Verewigung der Spaltung Deutschlands betreiben. Er muß deshalb ebenso zwangsläufig in stets zunehmendem Maße den Widerstand aller nationalen Kräfte des deutschen Volkes auslösen.

4. Für den westdeutschen Imperialismus ist angesichts des Gesamtkräfteverhältnisses in der Welt die jedem Imperialismus eigene wirtschaftliche und politische Expansion nur mit aktiver Unterstützung des USA-Imperialismus möglich. Seine Wiedergeburt vollzieht sich daher in bestimmten Formen der Abhängigkeit vom USA-Imperialismus.

5. Die Wiedergeburt des deutschen Imperialismus vollzieht sich in einer Periode der latenten ökonomischen Krise in den kapitalistischen Staaten, besonders in Westdeutschland.

6. Die imperialistische Bourgeoisie in Westdeutschland ist schon seit Beginn dieses Prozesses der Wiedergeburt des deutschen Imperialismus genötigt, mit offen diktatorischen, antidemokratischen und halbfaschistischen Methoden zu regieren.

7. Der wiedererstehende deutsche Imperialismus tritt seit seiner ersten Existenzäußerung mit einer offenen zügellosen Kriegshetze auf.

8. Die rechte sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsführung muß sich im Prozeß des Wiedererstehens des deutschen Imperialismus von Anfang an und in stets zunehmendem Maße als politische Stütze der imperialistischen Bourgeoisie und als reaktionäre und aggressive Kriegstreiberclique entlarven.

9. Die Arbeiterklasse und ihre Partei steht heute offen vor aller Augen als Führerin des nationalen Freiheitskampfes des deutschen Volkes da.

10. Die neue imperialistische Entwicklung vollzieht sich unter der Bedingung der Existenz einer marxistisch-leninistischen Kampfpartei der Arbeiterklasse in Deutschland.

Diese umfassende Analyse der Gesamtsituation in Westdeutschland, die im Juni 1951 gegeben wurde, hat sich, wie der Generalsekretär der SED, Walter Ulbricht, auf der 8. Tagung des Zentralkomitees feststellte, „schneller als manche glaubten ... vollinhaltlich bestätigt“<sup>(1)</sup>. Viele Züge, die in dieser wissenschaftlichen Untersuchung der Lage zum Ausdruck kamen, aber damals erst im Keim, andeutungsweise sichtbar waren, sind inzwischen mit erschreckender Deutlichkeit zu Tage getreten. Dies fand seinen klaren Ausdruck in der Entscheidung der Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik vom 9. Januar 1952, in der es heißt:

i) „Neues Deutschland“ vom 26. Februar 1952.